

# **Gesetzentwurf**

der Präsidentin

## **Viertes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften**

## **Gesetzentwurf**

### **der Präsidentin**

## **Viertes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften**

### **A. Problem**

Seit der sechsten Wahlperiode wird die Altersversorgung der Abgeordneten durch das Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg gewährleistet. Rechtliche Grundlagen hierfür bilden das Abgeordnetengesetz, der Vertrag zwischen dem Landtag Nordrhein-Westfalen und dem Landtag Brandenburg über das Versorgungswerk sowie die Satzung des Versorgungswerks. Seit 2018 wurde über den Beitritt des Landtags von Baden-Württemberg verhandelt. Am 18. Juni 2019 hat die Vertreterversammlung des Versorgungswerks beschlossen, die Verhandlungen mit dem Landtag Baden-Württemberg abzuschließen und den Landtagen Nordrhein-Westfalen und Brandenburg angetragen, die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Beitritt des Landtags Baden-Württemberg zum Versorgungswerk zum 1. Dezember 2019 zu schaffen.

Das Abgeordnetengesetz sieht derzeit in seinem § 27 vor, dass die Mitglieder des Landtags Brandenburg nach Annahme des Mandats auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR überprüft werden. Die Überprüfung ist befristet bis zum 31. Dezember 2019. Das stand bisher im Einklang mit den bis zu diesem Zeitpunkt im Stasi-Unterlagen-Gesetz vorgesehenen Überprüfungsmöglichkeiten. Durch das Neunte Gesetz zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ist nunmehr eine Überprüfung bis zum 31. Dezember 2030 möglich.

Das Fraktionsgesetz sieht in § 6 Absatz 1 Satz 3 für die Einstellung und Beschäftigung von Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeitern zur Unterstützung der Arbeit der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission einen Zuschlag zum Grundbetrag in Höhe von 13,33 Prozent des Grundbetrages vor. Damit erhöhen sich die Mittel für die jeweils einzelne Fraktion um einen zweckgebundenen Zuschlag. Einzelheiten der Rechnungslegung, ähnlich den Bestimmungen für die Sonderfinanzmittel im Falle der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses oder einer Enquete-Kommission, sind jedoch noch nicht geregelt.

### **B. Lösung**

Der vorgelegte Gesetzentwurf formuliert in seinem Artikel 1 einerseits die für die Vertragspartnerschaft des Landtags von Baden-Württemberg erforderlichen Anpassungen im Versorgungswerkgesetz des Landes Brandenburg und ermächtigt die Präsidentin des Landtags, den Vertrag zwischen dem Landtag Nordrhein-Westfalen, dem Landtag Brandenburg und dem Landtag von Baden-Württemberg abzuschließen.

In Artikel 2 Nummer 1 des vorgelegten Gesetzentwurfs werden die notwendigen Anpassungen des Abgeordnetengesetzes im Zusammenhang mit dem Abschluss des Vertrages über das Versorgungswerk vorgenommen.

Mit Artikel 2 Nummer 2 werden die Voraussetzungen für eine weiter fortdauernde Möglichkeit der Überprüfung einer Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR im Sinne des Stasi-Unterlagen-Gesetzes geschaffen. Die Befristung bis zum 31. Dezember 2030 entspricht der durch das Neunte Gesetz zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes erfolgten Verlängerung.

Mit Artikel 3 werden die notwendigen Regelungen für die Darstellung der nach § 6 Absatz 1 Satz 3 durch die Fraktionen bezogenen Mittel für die Rechnungslegung geschaffen.

## **C. Rechtsfolgenabschätzung**

### **I. Erforderlichkeit**

Die Anpassungen des Versorgungswerkgesetzes und des Abgeordnetengesetzes gemäß Artikel 2 Nummer 1 sind erforderlich, um den Beitritt des Landtags von Baden-Württemberg zum 1. Dezember 2019 zu ermöglichen. Andernfalls könnte der Vertrag mit dem Landtag von Baden-Württemberg in dieser Form und zu diesem Zeitpunkt nicht abgeschlossen werden.

Die Verlängerung der Überprüfungsfrist in § 27 Absatz 1 Satz 2 ermöglicht eine Überprüfung im Einklang mit den Befristungsbestimmungen des Neunten Änderungsgesetzes zum Stasi-Unterlagen-Gesetz. Andernfalls wäre für die Abgeordneten des siebten Landtags und der nachfolgenden Landtage auf eine Überprüfung zu verzichten.

Die Änderung des Fraktionsgesetzes durch Artikel 2 Nummer 2 ist erforderlich, um einen transparenten Vollzug der Fraktionsfinanzierung zu gewährleisten.

### **II. Zweckmäßigkeit**

Die in diesem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Regelungen sind auch zweckmäßig.

### **III. Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung**

Die Regelungen haben keine Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger.

Mit Artikel 1 und Artikel 2 Nummer 1 (Anpassung der einschlägigen Bestimmungen zum Versorgungswerk an den Beitritt des Landtags von Baden-Württemberg) sind mittelfristig Kosten verbunden. Voraussichtlich ab dem Jahr 2024 bis zum Jahr 2030 werden in der noch andauernden Aufbauphase des Versorgungswerks Zuschüsse des Landes zur Verlustrücklage des Versorgungswerks erforderlich, an denen sich der Landtag Baden-Württemberg aufgrund seiner bereits mit dem Eintritt in das Versorgungswerk geleisteten, im

Vertrag vereinbarten Zahlung von 1,2 Millionen Euro voraussichtlich nicht beteiligen wird. Die Höhe des jährlich erforderlichen Zuschusses durch das Land Brandenburg ab 2024 wird (auf der Grundlage von Schätzungen des Versorgungswerks) auf ca. 100.000 Euro mit leicht sinkender Tendenz jährlich geschätzt. Die Regelungen zu den Kosten für die monatliche Entschädigung gemäß § 5 Absatz 2 des Abgeordnetengesetzes zur Finanzierung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung bleiben unverändert, sodass insoweit keine Mehrkosten entstehen. Auch die vom Land Brandenburg zu tragenden Verwaltungskosten des Versorgungswerks werden mit dem Beitritt des Landtags Baden-Württemberg auf drei Landtage verteilt, so dass insoweit nicht mit weiteren Kosten durch die mit dem Beitritt zusammenhängenden Gesetzesänderungen zu rechnen ist.

#### **D. Zuständigkeiten**

Die Federführung für diese Gesetzesinitiative liegt bei der Präsidentin des Landtags Brandenburg, da alle betroffenen Gesetzgebungsgegenstand dem Parlamentsrecht zuzuordnen beziehungsweise entsprechende Vorschriften von der Präsidentin des Landtags zu vollziehen sind.

## **Gesetzentwurf für ein**

### **Viertes Gesetz zur Änderung parlamentsrechtlicher Vorschriften**

**Vom ...**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### **Artikel 1**

#### **Änderung des Gesetzes über das Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg**

Das Gesetz über das Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg vom 19. Juni 2013 (GVBl. I Nr. 23, S. 17) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„Gesetz über das Versorgungswerk der Mitglieder der Landtage von  
Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg**

**(Versorgungswerkgesetz Brandenburg – BbgVLTG)“.**

2. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„§ 1**

**Mitgliedschaft im Versorgungswerk“.**

- b) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Mitgliedschaft der Mitglieder des Landtags Brandenburg im Versorgungswerk der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg (Versorgungswerk – VLT) wird durch dieses Gesetz, das Abgeordnetengesetz, den zwischen den Landtagen Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg abzuschließenden Vertrag zwischen dem Landtag Nordrhein-Westfalen, dem Landtag Brandenburg und dem Landtag von Baden-Württemberg über das Versorgungswerk der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg (Vertrag) sowie im Übrigen durch die Satzung des Versorgungswerks der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen, des Landtags Brandenburg und des Landtags von Baden-Württemberg (Satzung) geregelt.“

3. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „dem für die Versicherungsaufsicht zuständigen Ministerium des Landes Brandenburg“ durch die Wörter „den

für die Versicherungsaufsicht zuständigen Ministerien der Länder Brandenburg und Baden-Württemberg“ ersetzt.

b) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Auf die Vollstreckung von Verwaltungsakten des Versorgungswerks in den Ländern Brandenburg und Baden-Württemberg finden die in den jeweiligen Ländern geltenden Verwaltungsvollstreckungsgesetze Anwendung.“

c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „Der Präsident“ durch die Wörter „Die Präsidentin oder der Präsident“ ersetzt.

bb) Dem Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Das Versorgungswerk ist befugt, den Präsidentinnen oder den Präsidenten der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg Auskünfte über seine Mitglieder und sonstigen Leistungsberechtigten zu erteilen, soweit diese für die Gewährung von Leistungen nach den jeweiligen Abgeordnetengesetzen erforderlich sind.“

4. Die §§ 3 bis 6 werden wie folgt gefasst:

### „§ 3

#### **Verwaltungskosten**

(1) Die Verwaltungskosten des Versorgungswerks werden anteilig vom Landtag Brandenburg und vom Landtag von Baden-Württemberg getragen und dem Landtag Nordrhein-Westfalen erstattet. Vorbehaltlich der Übergangsregelung in Artikel 8 Absatz 5 des Vertrages ist für den zu leistenden Anteil an den Gesamtkosten das Verhältnis der Zahlen der gesetzlichen Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen, des Landtags Brandenburg und des Landtags von Baden-Württemberg maßgeblich. Solange Anwartschaften auf Leistungen bestehen oder Renten aus dem Versorgungswerk gezahlt werden, ist im Falle einer Kündigung oder Beendigung des Vertrages nach dessen Artikel 10 bei der Umlegung der Verwaltungskosten für den kündigenden Landtag die Zahl der Mitglieder des Versorgungswerks aus dem entsprechenden Land maßgeblich, sobald diese Zahl niedriger ist als die Zahl der gesetzlichen Mitglieder des Landtags. Die anteilige Kostentragungspflicht gilt nicht für Aufwandsentschädigungen und Reisekosten der Mitglieder des Versorgungswerks.

(2) Das von den Mitgliedern des Versorgungswerks eingebrachte Vermögen wird gemeinsam verwaltet. Die bis zum 1. Dezember 2019 erworbenen Ansprüche der Mitglieder des Versorgungswerks der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg bleiben unberührt.

(3) Abweichend von § 1 Satz 3 kann das Land zur Sicherstellung der versicherungsaufsichtsrechtlichen Mindestquote für die Verlustrücklage

1. sich nach Maßgabe des Landeshaushalts an einem Zuschuss beteiligen sowie
2. nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsgesetzes Garantien und sonstige Gewährleistungen zur Risikoentlastung übernehmen.

Die Höhe der Beteiligung an einem Zuschuss gemäß Nummer 1 oder einer Garantie oder einer Gewährleistung gemäß Nummer 2 bestimmt sich vorbehaltlich gesonderter Vereinbarungen nach dem Verhältnis der gesetzlichen Mitgliederzahlen der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg zueinander.

## § 4

### **Organe und Dienstverhältnisse**

(1) Organe des Versorgungswerks sind

1. die Vertreterversammlung,
2. der Vorstand und
3. der oder die Vorstandsvorsitzende.

Der oder die Vorstandsvorsitzende vertritt das Versorgungswerk gerichtlich und außergerichtlich.

(2) In der Vertreterversammlung müssen die nordrhein-westfälischen, die brandenburgischen und die baden-württembergischen Mitglieder des Versorgungswerks angemessen vertreten sein. Maßgeblich ist jeweils das Verhältnis der Mitgliederzahlen der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg. Die brandenburgischen Mitglieder des Versorgungswerks wählen jeweils zu Beginn der Wahlperiode des Landtags Brandenburg die auf sie entfallenden Vertreterinnen und Vertreter und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter in die Vertreterversammlung. Die Vertreterversammlung wählt die Mitglieder des Vorstands. Dabei steht den brandenburgischen Mitgliedern das Vorschlagsrecht für die auf sie entfallenden Mitglieder des Vorstands zu. Die Ämter der brandenburgischen Mitglieder der Vertreterversammlung und des Vorstands enden jeweils mit dem Ablauf der Wahlperiode des Landtags Brandenburg. Die Amtsinhaberinnen und die Amtsinhaber führen ihre Ämter bis zur Wahl ihrer Nachfolgerinnen oder Nachfolger fort.

(3) Näheres zu den Organen des Versorgungswerks wird durch den Vertrag sowie durch die Satzung geregelt. Für eine Übergangszeit bis zur Neuwahl der Vertreterinnen und Vertreter aus Brandenburg nach dem Ende der sechsten Wahlperiode des Landtags Brandenburg können der Vertrag und die Satzung abweichende Regelungen vorsehen, soweit diese wegen der bis zu diesem Zeitpunkt noch laufenden Amtsperiode der brandenburgischen Organmitglieder erforderlich sind.

**Kündigung**

Eine Kündigung des Vertrages bedarf der Zustimmung des Landtages.

**Beitritt anderer Landtage**

Die Satzung kann vorsehen, dass andere Landesparlamente der Bundesrepublik Deutschland dem Versorgungswerk beitreten können. Der Beitritt bedarf der Zustimmung des Landtags Nordrhein-Westfalen, des Landtags Brandenburg und des Landtags von Baden-Württemberg.“

5. Es wird folgender § 7 angefügt:

**Zustimmung zum Vertrag**

(1) Dem Abschluss des Vertrages wird zugestimmt. Die Präsidentin des Landtags Brandenburg wird ermächtigt, den Vertrag im Namen des Landtags Brandenburg zu unterzeichnen.

(2) Der Vertrag wird als Anlage zu diesem Gesetz bekannt gegeben.

(3) Der Tag, an dem der Vertrag in Kraft sowie der Vertrag zwischen dem Landtag Nordrhein-Westfalen und dem Landtag Brandenburg über das Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg vom 14. Januar 2014 (GVBl. 2013 I Nr. 23 S. 19) nach Artikel 11 Absatz 2 und 3 des Vertrags außer Kraft tritt, wird von der Präsidentin des Landtages im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil I bekannt gegeben.“

6. Die Anlage wird wie folgt gefasst:

**„Anlage**

**Vertrag zwischen dem Landtag Nordrhein-Westfalen, dem Landtag Brandenburg und dem Landtag von Baden-Württemberg über das Versorgungswerk der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg**

Der Landtag Nordrhein-Westfalen, vertreten durch den Präsidenten des Landtags, der Landtag Brandenburg, vertreten durch die Präsidentin des Landtags und der Landtag von Baden-Württemberg, vertreten durch die Präsidentin des Landtags, schließen nachstehenden Vertrag:

**Artikel 1****Name, Sitz und Mitgliedschaft**



(1) Das Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg trägt ab dem 1. Dezember 2019 den Namen „Versorgungswerk der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg (Versorgungswerk der Landtage – VLT)“ (im Folgenden: Versorgungswerk). Das Versorgungswerk hat seinen Sitz in Düsseldorf.

(2) Die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg, die am 1. Dezember dem Landtag von Baden-Württemberg angehören oder später eintreten, sind Mitglieder des Versorgungswerks.

## **Artikel 2 Rechtsgrundlagen**

(1) Die Rechte und Pflichten der Mitglieder und der sonstigen Leistungsberechtigten des Versorgungswerks ergeben sich aus den Bestimmungen dieses Vertrages, aus § 10 Abgeordnetengesetz Nordrhein-Westfalen vom 5. April 2005, § 15 Abgeordnetengesetz Brandenburg vom 19. Juni 2013 und § 11 Abgeordnetengesetz Baden-Württemberg vom 12. September 1978 sowie aus der Satzung des Versorgungswerks in der jeweils geltenden Fassung. Für die Zeit zwischen dem 1. Dezember 2019 und dem Inkrafttreten der neuen Satzung des Versorgungswerks kann nach Maßgabe dieses Vertrages von den Regelungen der Satzung abgewichen werden.

(2) Die Präsidentinnen und Präsidenten können in ihrer Funktion als Behördenleiterinnen bzw. Behördenleiter mit Zustimmung des Vorstands ergänzende Vereinbarungen zu diesem Vertrag zur Umsetzung des Beitritts des Landtags von Baden-Württemberg zum Versorgungswerk, insbesondere hinsichtlich organisatorischer und technischer Fragen, treffen. Eine solche Vereinbarung bedarf nicht der Zustimmung der jeweiligen Landtage.

(3) Das Versorgungswerk kann von den Vertragspartnern Auskünfte über die Mitglieder und die sonstigen Leistungsberechtigten einholen, soweit die Auskünfte für die Feststellung der Mitgliedschaft, der Beitragspflicht oder der Versorgungsleistung erforderlich sind. Die Vertragspartner können Auskünfte vom Versorgungswerk über ihre Mitglieder und sonstigen Leistungsberechtigten einholen, soweit diese für die Gewährung von Leistungen nach den jeweiligen Abgeordnetengesetzen erforderlich sind.

## **Artikel 3 Übergangsregelungen zur Beitragspflicht und zur Mindestbeitragszeit für Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg**

(1) Der Landtag von Baden-Württemberg ist berechtigt, in seinem Abgeordnetengesetz Übergangsregelungen zur Befreiung von der Beitragspflicht für bestimmte Gruppen von Abgeordneten bis zum 30. April 2031 vorzusehen. Darüber hinaus kann der Vorstand des Versorgungswerks in begründeten Einzelfällen Ausnahmen von der Beitragspflicht zulassen.

(2) Für Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg, die dem Landtag am 1. Dezember 2019 angehören, entsteht abweichend von § 15 der Satzung für Mandatszeiten zwischen dem 1. Dezember 2019 und dem 30. April 2021 ein

Anspruch auf Altersrente, sofern zu diesem Zeitpunkt mindestens zwölf Monate Beiträge in Höhe des Pflichtbeitrages eingezahlt worden sind und die übrigen Voraussetzungen nach der Satzung erfüllt sind.

#### **Artikel 4**

##### **Vertreterversammlung**

(1) Die Vertreterversammlung besteht aus insgesamt 40 Vertreterinnen und Vertretern sowie Stellvertretern in gleicher Anzahl. Die Festlegung der Anzahl der Vertreterinnen und Vertreter aus den jeweiligen Ländern erfolgt im Verhältnis der gesetzlichen Mitgliederzahlen der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg (19 NRW, 9 BB, 12 BW). Die Vertreterinnen und Vertreter sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Die nordrhein-westfälischen, brandenburgischen und baden-württembergischen Mitglieder des Versorgungswerks (Landesgruppen) wählen zu Beginn der Wahlperiode ihres jeweiligen Landtags die auf sie entfallenden Vertreterinnen und Vertreter für die Dauer der jeweiligen Wahlperiode. Wählbar und wahlberechtigt sind nur Mitglieder des Versorgungswerks, die nicht nach Artikel 3 Absatz 1 von der Beitragspflicht befreit sind. Die gewählten Vertreterinnen und Vertreter führen ihre Ämter bis zur Wahl ihrer Nachfolgerinnen und Nachfolger fort. Das Nähere bestimmt die Wahlordnung als Bestandteil der Satzung.

(2) Die Vertreterversammlung wählt aus ihrer Mitte die Vorsitzende oder den Vorsitzenden auf Vorschlag der Gruppe der Vertreterinnen und Vertreter aus Nordrhein-Westfalen, die erste Stellvertreterin oder den ersten Stellvertreter auf Vorschlag der Gruppe der Vertreterinnen und Vertreter aus Brandenburg sowie die zweite Stellvertreterin oder den zweiten Stellvertreter auf Vorschlag der Gruppe der Vertreterinnen und Vertreter aus Baden-Württemberg. Die Amtsdauer der Gewählten richtet sich nach der Amtsdauer der jeweils vorschlagsberechtigten Landesgruppe der Vertreterversammlung.

(3) Die Vertreterversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend ist. Die Anwesenheit kann auch durch Zuschaltung mittels Videokonferenz aus den jeweiligen Landtagen hergestellt werden. Ist die Beschlussfähigkeit nicht gegeben, wird die Vertreterversammlung erneut einberufen. In dieser Sitzung ist sie auch beschlussfähig, wenn mehr als ein Drittel aller Mitglieder anwesend ist. Zwischen beiden Sitzungen müssen mindestens zwei Tage liegen.

(4) Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder der Vertreterversammlung gefasst. Beschlüsse über den Erlass oder die Änderung der Satzung einschließlich der Wahlordnung bedürfen einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder jeder Landesgruppe in der Vertreterversammlung. In Satzung kann weitere Fälle vorsehen, für deren Entscheidung eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, sowie ein Vetorecht jeder Landesgruppe in der Vertreterversammlung für bestimmte Entscheidungen festlegen.

(5) Die Sitzungen der Vertreterversammlung werden in der Regel in Form von Videokonferenzen durchgeführt. In Ausnahmefällen können auch Präsenzsitzungen am Sitz des Landtags Nordrhein-Westfalen stattfinden. Die oder der Vorsitzende der Vertreterversammlung und die erste und zweite Stellvertreter-

rin bzw. der erste und zweite Stellvertreter können einvernehmlich beschließen, die Vertreterversammlung auch nach Landesgruppen getrennt einzuberufen. Die Vertreterversammlung ist einzuberufen, wenn ein Drittel ihrer Mitglieder oder die Vertreterinnen und Vertreter einer Landesgruppe in der Vertreterversammlung dies verlangen.

(6) Die bei Inkrafttreten dieses Vertrags im Amt befindlichen Vertreterinnen und Vertreter bleiben bis zur jeweils nächsten regulären Neuwahl gemäß Absatz 1 Satz 4 im Amt. Der Landtag von Baden-Württemberg wählt zehn Vertreterinnen und Vertreter, die bei Inkrafttreten dieses Vertrags Mitglied der Vertreterversammlung werden. Anlässlich der nächsten regulären Neuwahl der Landesgruppe Brandenburg und anlässlich der nächsten regulären Neuwahl der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen wählt der Landtag von Baden-Württemberg je eine weitere Vertreterin oder einen weiteren Vertreter, die oder der Mitglied der Vertreterversammlung wird, wenn die jeweils neu gewählte Landesgruppe in der Vertreterversammlung ihr Amt antritt. Die Vertreterversammlung erlässt nach der Wahl der Neumitglieder aus Brandenburg und Baden-Württemberg eine neue Satzung für das Versorgungswerk.

## **Artikel 5** **Vorstand**

(1) Der Vorstand besteht aus insgesamt elf Mitgliedern, von denen fünf dem Landtag Nordrhein-Westfalen, zweitem Landtag Brandenburg und zwei dem Landtag von Baden-Württemberg angehören müssen. Weitere Mitglieder sind eine ehemalige Abgeordnete oder ein ehemaliger Abgeordneter sowie eine Geschäftsführerin oder ein Geschäftsführer, die oder der nicht dem Versorgungswerk angehört. Es sollen diejenigen Fraktionen einen Sitz im Vorstand erhalten, die in mindestens der Hälfte der Mitgliedsländer vertreten sind. Im Falle eines Beitritts weiterer Landtage zum Versorgungswerk bleiben die Mehrheitsverhältnisse bei der Zusammensetzung des Vorstands unverändert.

(2) Die Mitglieder des Vorstands nach Absatz 1 Satz 1 werden von der Vertreterversammlung einzeln und in geheimer Wahl gewählt. Jede Landesgruppe in der Vertreterversammlung hat das Vorschlagsrecht für so viele Mitglieder, wie ihr nach Absatz 1 Satz 1 zustehen. Die Amtsdauer der Vorstandsmitglieder entspricht der Amtsdauer der jeweils vorschlagsberechtigten Landesgruppe in der Vertreterversammlung.

(3) Die Vertreterversammlung bestellt die Geschäftsführerin oder den Geschäftsführer und wählt die ehemalige Abgeordnete oder den ehemaligen Abgeordneten jeweils auf Vorschlag der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen. Die Amtsdauer der oder des ehemaligen Abgeordneten richtet sich nach der Amtsdauer der nordrhein-westfälischen Vorstandsmitglieder; die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer wird auf unbestimmte Zeit bestellt.

(4) Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einzeln und in geheimer Wahl die Vorsitzende oder den Vorsitzenden auf Vorschlag der Vorstandsmitglieder aus Nordrhein-Westfalen, die erste Stellvertreterin oder den ersten Stellvertreter auf Vorschlag der Vorstandsmitglieder aus Brandenburg und die zweite Stellvertreterin oder den zweiten Stellvertreter auf Vorschlag der Vorstandsmitglieder aus Baden-Württemberg.

(5) Die Vertreterversammlung wählt in ihrer ersten Sitzung nach dem Beitritt des Landtags von Baden-Württemberg die Vorstandsmitglieder aus Brandenburg (2) und aus Baden-Württemberg (2) in den Vorstand. Der bisherige Vorstand bleibt bis zur Wahl dieser Mitglieder im Amt.

## **Artikel 6**

### **Geschäftsführender Vorstand und Geschäftsführung**

(1) Aus der Mitte des Vorstands wird ein geschäftsführender Vorstand gebildet. Dieser besteht aus der oder dem Vorstandsvorsitzenden, den beiden Stellvertreterinnen oder Stellvertretern, einem weiteren Vorstandsmitglied aus Nordrhein-Westfalen sowie der Geschäftsführerin oder dem Geschäftsführer.

(2) Die Geschäftsführung verbleibt auf Dauer am Sitz des Versorgungswerks in Düsseldorf. Dies gilt auch für den Fall des Beitritts weiterer Landtage zum Versorgungswerk.

(3) Die Aufgabenverteilung zwischen der Geschäftsführung und den Verwaltungen der jeweiligen Landtage wird in einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Versorgungswerk und der jeweiligen Präsidentin oder dem jeweiligen Präsidenten geregelt.

## **Artikel 7**

### **Rechtsaufsicht**

(1) Die Versicherungsaufsicht sowie die Körperschaftsaufsicht über das Versorgungswerk führt das Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen im Benehmen mit den für die Versicherungsaufsicht zuständigen Ministerien der Länder Brandenburg und Baden-Württemberg. Diese sind befugt, Vertreterinnen oder Vertreter zu den Sitzungen der Vertreterversammlung und des Vorstands zu entsenden.

(2) Das Versorgungswerk leitet den geprüften Jahresabschluss den nach Absatz 1 zuständigen Ministerien der Länder Brandenburg und Baden-Württemberg zu.

## **Artikel 8**

### **Vermögen und Kosten**

(1) Das von den Mitgliedern des Versorgungswerks eingebrachte Vermögen wird gemeinsam verwaltet.

(2) Die bis zum 1. Dezember 2019 erworbenen Ansprüche der Mitglieder des Versorgungswerks der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg bleiben unberührt. Das Versorgungswerk erstellt zum 30. November 2019 eine Zwischenbilanz. Die zu diesem Bilanzstichtag ausgewiesenen Aktiva und Passiva sowie alle stillen Reserven und stillen Lasten werden in wirtschaftlicher Hinsicht dauerhaft den zu diesem Zeitpunkt dem Versorgungswerk angehörenden Mitgliedern zugerechnet. Über weitere Maßnahmen zur Umsetzung der Ansprüche nach Satz 1 entscheidet der Vorstand.

(3) Der Landtag von Baden-Württemberg beteiligt sich an der bis zum 30. November 2019 aufgebauten Verlustrücklage des Versorgungswerks mit einem Betrag in Höhe von 1.200.000 Euro. Der Betrag ist in drei oder vier gleich hohen jährlichen Raten zu zahlen, die erste Zahlung ist am 1. Dezember 2019 fällig. Das Versorgungswerk und der Landtag von Baden-Württemberg können abweichende Zahlungsmodalitäten vereinbaren; der Gesamtbetrag muss jedoch spätestens am 31. Dezember 2023 beglichen sein.

(4) Die die Verwaltungskosten werden anteilig im Verhältnis der gesetzlichen Mitgliederzahlen des Landtags Nordrhein-Westfalen, des Landtags Brandenburg und des Landtags von Baden-Württemberg auf die jeweiligen Landesparlamente umgelegt und vom Landtag Nordrhein-Westfalen eingezogen. Dies gilt nicht für Reisekosten und Aufwandsentschädigungen der Mitglieder.

(5) Die vom Landtag von Baden-Württemberg zu tragenden Verwaltungskosten bestimmen sich abweichend von Absatz 4 Satz 1 für die Zeit bis zum 30. April 2031 nach dem Verhältnis der gesetzlichen Mitgliederzahlen des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg zur Zahl der Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg, die nicht nach Artikel 3 Absatz 1 von der Beitragspflicht befreit sind, solange diese Zahl niedriger ist als die Zahl der gesetzlichen Mitglieder.

## **Artikel 9 Beiträge**

Der Landtag von Baden-Württemberg führt ab dem 1. Dezember 2019 die Beiträge seiner Mitglieder nach § 11 Abgeordnetengesetz Baden-Württemberg an das Versorgungswerk ab. Die Zahlung erfolgt monatlich. Die Beiträge für den Monat Dezember 2019 müssen spätestens bis zum 10. Januar 2020 beim Versorgungswerk eingegangen sein.

## **Artikel 10 Kündigung**

(1) Dieser Vertrag kann von jedem der vertragsschließenden Landtage zum Ablauf seiner auf den Ausspruch der Kündigung folgende nächsten Wahlperiode gekündigt werden. Der Vertrag besteht zwischen den anderen beiden Landtagen fort. Bei Kündigung durch zwei Landtage wird der Vertrag mit Wirksamwerden der zweiten Kündigung beendet.

(2) Im Fall einer Kündigung oder Beendigung des Vertrages findet keine Vermögensauseinandersetzung statt. Die von den Mitgliedern des Versorgungswerks eingebrachten Beiträge verbleiben im Vermögen des Versorgungswerks; die zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens einer Kündigung oder Beendigung des Vertrages erworbenen Anwartschaften sowie Ansprüche wegen der Nichterfüllung der Wartezeit für eine Altersrente bleiben bestehen, soweit sie nicht durch Maßnahmen zur Deckung von Fehlbeträgen oder zum Ausgleich von Bilanzverlusten gemindert werden. Solange Anwartschaften auf Leistungen bestehen oder Renten aus dem Versorgungswerk gezahlt werden, ist nach der Kündigung bei der Umlegung der Verwaltungskosten abweichend von Artikel 8 Absatz 4 Satz 1 für den kündigenden Landtag die Zahl der Mitglieder des Versorgungswerks aus dem entsprechenden Land maßgeblich,

sobald diese Zahl niedriger ist als die Zahl der gesetzlichen Mitglieder des Landtags.

(3) Soweit im Falle einer Kündigung über die Bestimmung der Absätze 1 und 2 hinausgehende Maßnahmen zu treffen sind, regeln die Vertragspartner diese im gegenseitigen Einvernehmen.

## **Artikel 11**

### **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Zustimmung der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg.

(2) Er tritt am Tag nach der Unterzeichnung der Vertragsurkunde durch alle Vertragspartner in Kraft. Soweit keine gemeinsame Vertragsunterzeichnung erfolgt, hinterlegt jeder Vertragspartner eine unterzeichnete Vertragsurkunde beim Landtag Nordrhein-Westfalen. In diesem Fall tritt der Vertrag am Tag nach der Hinterlegung durch den dritten Vertragspartner in Kraft. Sollte die gemeinsame Unterzeichnung oder Hinterlegung nach Satz 3 nach dem 1. Dezember 2019 erfolgen, tritt der Vertrag abweichend von Satz 1 und 3 rückwirkend zum 1. Dezember 2019 in Kraft.

(3) Gleichzeitig tritt der Vertrag zwischen dem Landtag Nordrhein-Westfalen und im Landtag Brandenburg über das Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg vom 14. Januar 2014 außer Kraft.

Stuttgart, den ...

André Kuper

(Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen)

Dr. Ulrike Liedtke

(Präsidentin des Landtags Brandenburg)

Muhterem Aras

(Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg)“.

## **Artikel 2**

### **Änderung des Abgeordnetengesetzes**

Das Abgeordnetengesetz vom 19. Juni 2013 (GVBl. I Nr. 23), das zuletzt durch Artikel 2 und 3 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 41, S. 12, 18) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 15 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Zur Vorsorge für das Alter und zur Unterstützung des überlebenden Ehegatten, des Lebenspartners oder der Lebenspartnerin und der Waisen werden die Mitglieder des Landtags Brandenburg Mitglieder im Versorgungswerk der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg (Versorgungswerk – VLT). Das Nähere über den Aufbau und die innere Struktur des Versorgungswerks, über die Beteiligung der brandenburgischen Mitglieder an seinen Organen, über das Verfahren des Versorgungswerks sowie über die Rechte und Pflichten der Landtage einschließlich ihres Kündigungsrechts regelt das Versorgungswerkgesetz Brandenburg vom 19. Juni 2013 (GVBl. I Nr. 23 S. 17), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom [einsetzen: Datum und Fundstelle dieses Gesetzes] geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, der Vertrag zwischen dem Landtag Nordrhein-Westfalen, dem Landtag Brandenburg und dem Landtag von Baden-Württemberg über das Versorgungswerk der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg und die Satzung des Versorgungswerks.“

2. § 27 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Überprüfung wird längstens bis zum 31. Dezember 2030 durchgeführt.“

### **Artikel 3**

#### **Änderung des Fraktionsgesetzes**

Das Fraktionsgesetz vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 40) wird wie folgt geändert:

1. § 6 Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Für die Einstellung von Fraktionsbeschäftigten und den Vertragsschluss mit Honorarkräften sowie die Finanzierung ihrer Tätigkeit zur Unterstützung der Arbeit der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtags erhöht sich der Betrag je Fraktion um 13,33 Prozent des Grundbetrages.“

2. § 13 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Buchstabe a wird wie folgt gefasst:

„a) Mittel nach § 6 Absatz 1 Satz 2,“.

- bb) Nach Buchstabe a wird folgender Buchstabe b eingefügt:

„b) Mittel nach § 6 Absatz 1 Satz 3,“.

- cc) Die Buchstaben b bis f werden die Buchstaben c bis g.

- b) Nummer 2 Buchstabe a wird wie folgt gefasst:

„a) Ausgaben für Personal (Fraktionsbeschäftigte und Honorarkräfte), gegliedert nach der Finanzierung aus Mitteln,

- aa) die den Fraktionen nach § 6 Absatz 1 Satz 2 zur Verfügung gestellt werden,
- bb) die den Fraktionen für die Arbeit in einem Untersuchungsausschuss vom Landtag zur Verfügung gestellt werden,
- cc) die den Fraktionen für die Arbeit in einer Enquete-Kommission vom Landtag zur Verfügung gestellt werden und
- dd) die den Fraktionen nach § 6 Absatz 1 Satz 3 zur Verfügung gestellt werden.“

## **Artikel 4**

### **Neubekanntmachung**

Die Präsidentin des Landtages kann den Wortlaut des Abgeordnetengesetzes in der vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an geltenden Fassung im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil I bekannt machen.

## **Artikel 5**

### **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin des Landtages Brandenburg

Dr. Ulrike Liedtke



## **Begründung**

### **A. Allgemeiner Teil**

Seit der sechsten Wahlperiode wird die Altersversorgung der Abgeordneten durch das Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg gewährleistet. Rechtliche Grundlagen hierfür bilden das Abgeordnetengesetz, der Vertrag zwischen dem Landtag Nordrhein-Westfalen und dem Landtag Brandenburg über das Versorgungswerk sowie die Satzung des Versorgungswerks. Nachdem die Beitrittsverhandlungen mit dem Landtag Baden-Württemberg nunmehr abgeschlossen sind, werden mit Artikel 1 und Artikel 2 Nummer 1 dieses Gesetzentwurfes die notwendigen rechtlichen Grundlagen für einen Beitritt des Landtags von Baden-Württemberg mit Wirkung vom 1. Dezember 2019 geschaffen.

Mit Artikel 2 Nummer 2 werden die Voraussetzungen für eine weiter fortdauernde Möglichkeit der Überprüfung einer Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR im Sinne des Stasi-Unterlagen-Gesetzes geschaffen. Die Befristung bis zum 31. Dezember 2030 entspricht der durch das Neunte Gesetz zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes erfolgten Verlängerung.

Mit Artikel 3 werden die notwendigen Regelungen für die Darstellung der nach § 6 Absatz 1 Satz 3 durch die Fraktionen bezogenen Mittel für die Rechnungslegung geschaffen.

### **B. Besonderer Teil**

**Zu Artikel 1 (Änderung des Gesetzes über das Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg):**

#### **Zu Nummer 1:**

Die Überschrift des Gesetzes wird an die aufgrund des Beitritts des Landtags von Baden-Württemberg erforderliche Umbenennung des Versorgungswerks angepasst.

#### **Zu Nummer 2:**

Die Anpassungen werden durch den geplanten Beitritt des Landtags von Baden-Württemberg zum Versorgungswerk erforderlich. Zugleich werden die maßgeblichen Rechtsquellen für die Mitgliedschaft im Versorgungswerk sowie die Tätigkeit im Versorgungswerk benannt.

#### **Zu Buchstabe a:**

Redaktionelle Anpassung der Überschrift.

#### **Zu Buchstabe b:**

Anpassung des Normtextes.

**Zu Nummer 3:****Zu Buchstabe a:**

Aufgrund der Einbeziehung des Landtags Baden-Württemberg muss das zuständige Ministerium Nordrhein-Westfalens sich hinsichtlich der Aufsicht nicht nur mit den zuständigen Behörden in Brandenburg, sondern auch mit denen in Baden-Württemberg abstimmen.

**Zu Buchstabe b:**

Für die Vollstreckung wird aufgrund des Beitritts des Landtags von Baden-Württemberg für die Vollstreckung gegenüber den dort beheimateten Mitgliedern auf das dortige Vollstreckungsgesetz verwiesen.

**Zu Buchstabe c:****Zu Doppelbuchstabe aa:**

Aufnahme einer gendergerechten Formulierung in den Normtext.

**Zu Doppelbuchstabe bb:**

Es wird eine Rechtsgrundlage für das Versorgungswerk geschaffen, um personenbezogene Daten von Mitgliedern und sonstigen Leistungsberechtigten an die Präsidentinnen bzw. die Präsidenten der am Versorgungswerk beteiligten Landtage übermitteln zu können. Durch die Regelung kann die Landtagsverwaltung vom Versorgungswerk die notwendigen Auskünfte für die Begründung von Abgeordnetenansprüchen erhalten. Dies hat beispielsweise für Ansprüche ehemaliger Mitglieder des Landtages (Versorgungsberechtigte) auf einen Zuschuss zum Krankenversicherungsbeitrag Bedeutung, weil sich dessen Höhe nach § 17 Absatz 1, § 18 Nummer 1, § 15 Absatz 3 Abgeordnetengesetz nach der Höhe der Altersrente gemäß § 15 Absatz 3 Nummer 1 Abgeordnetengesetz bestimmt.

**Zu Nummer 4:****Zu § 3**

Zu Absatz 1: Der Vertrag sieht vor, dass die Verwaltungskosten des Versorgungswerks anteilig auf die beteiligten Landesparlamente umgelegt werden. Für die Bestimmung des Umlegungsfaktors wird wie schon bisher ein pauschalierender Ansatz gewählt, der sich nicht an der konkreten Zahl der Mitglieder, die dem jeweiligen Landtag entstammen, sondern am Verhältnis der gesetzlichen Mitgliederzahl der Landtage orientiert. Für eine bis 2031 währende Übergangszeit wird allerdings nach den Regelungen in Artikel 8 Absatz 5 des Vertrages für den Landtag von Baden-Württemberg nicht auf die Zahl der gesetzlichen Mitglieder abgestellt, sondern die konkrete Zahl derjenigen Mitglieder des Landtages von Baden-Württemberg zugrunde gelegt, die nicht aufgrund der oben genannten Übergangsregelungen von der Beitragspflicht befreit sind, solange diese Zahl niedriger als die Zahl der gesetzlichen Mitglieder ist. Im Falle einer Kündigung des Vertrages orientiert sich die anteilige Kostentragungspflicht für den kündigenden Landtag an der Zahl der tatsächlichen Mitglieder, sobald diese Zahl niedriger ist als die Zahl der gesetzlichen Mitglieder.

Zu Absatz 2: Der Absatz enthält die schon bisher für das Versorgungswerk festgeschriebene gemeinsame Vermögensverwaltung sowie die Feststellung, dass die erworbenen Ansprüche der bisherigen Mitglieder des Versorgungswerks durch den Beitritt von Baden-Württemberg unberührt bleiben.

Zu Absatz 3: Absatz 3 enthält eine neu geschaffene Regelung zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Versorgungswerks. Alle Versorgungswerke haben zur dauerhaften Erfüllbarkeit ihrer Leistungsverpflichtungen Rücklagen zu bilden und diese der Aufsichtsbehörde nachzuweisen (vgl. § 6 der Versicherungsaufsichtsverordnung NRW). Es handelt sich dabei um eine Form des Eigenkapitals (sog. Verlustrücklage). Bezugsgröße für die zu bildende Höhe ist die sogenannte Deckungsrückstellung (für die zu erwartenden Rentenzahlungen an die Mitglieder des Versorgungswerks).

Das Versorgungswerk befindet sich in einer Aufbauphase. In dieser Zeit steigt die Deckungsrückstellung kontinuierlich an. Dies macht jedes Jahr eine entsprechende Zuführung zur Verlustrücklage notwendig, um die versicherungsaufsichtsrechtliche Mindestquote zu halten. Mitglieder, die das Versorgungswerk aufbauen, tragen hierdurch eine Sonderlast. Gleichzeitig sind seit der Finanzkrise 2008 die Anforderungen an die Risikovorsorge der Versorgungswerke deutlich gestiegen, was einen erhöhten Zuführungsbedarf zur Verlustrücklage bedingt.

Es wird eine Rechtsgrundlage zur Gewährung eines Zuschusses zur Verlustrücklage nach Maßgabe des Haushalts durch das Land geschaffen. Zusätzlich wird mit Nummer 2 dem Land ermöglicht, nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsgesetzes Garantien oder sonstige Gewährleistungen zur Risikoentlastung – alternativ oder ergänzend zu Nummer 1 – zu übernehmen.

Der jeweils zu tragende Anteil bei Gewährung eines Zuschusses oder der Übernahme einer Garantie richtet sich vorbehaltlich gesonderter Vereinbarungen (siehe z. B. Artikel 8 Absatz 3 des Vertrages) nach dem Verhältnis der gesetzlichen Mitgliederzahlen der drei Landtage zueinander.

Zu § 4:

Die Regelung betrifft die Organe und Dienstverhältnisse des Versorgungswerks.

Zu Absatz 1: In Absatz 1 werden die Formulierungen gendergerecht angepasst. Zudem wird eine Regelung zur gerichtlichen und außergerichtlichen Vertretung des Versorgungswerks in das Gesetz aufgenommen.

Zu Absatz 2: Die sprachliche Neuregelung in Absatz 2 ist durch gendergerechte Formulierungen sowie die Ergänzung um die Mitglieder aus Baden-Württemberg begründet.

Zu Absatz 3: Absatz 3 enthält Folgeänderungen zum Beitritt des Landtages Baden-Württemberg sowie eine Übergangsregelung für die Vertreterinnen und Vertreter aus Brandenburg nach dem Ende der sechsten Wahlperiode.

Zu § 5:

Die Voraussetzungen und Bedingungen der Kündigung des Vertrages sind im Vertrag selbst als Anlage zu diesem Gesetz geregelt. Die Bestimmung des neugefassten § 5 regelt deshalb nunmehr klarstellend, dass eine Kündigung nur mit Zu-

stimmung des Landtages erfolgen kann. Diese Klarstellung ist erforderlich, da der hier in Rede stehende Vertrag seinem Wesen nach Ähnlichkeiten mit einem Staatsvertrag zwischen drei Ländern aufweist, aber dennoch als Vertrag dreier Landtage als Vertrag sui generis zu betrachten ist. Anders als bei Staatsverträgen bedarf die Kündigung des Vertrages der ausdrücklichen Zustimmung des Parlaments.

Zu § 6:

Der neue § 6 des Gesetzes bestimmt, dass die Satzung des Versorgungswerks anderen Landesparlamenten den Beitritt zum Versorgungswerk ermöglichen kann. Der Beitritt eines weiteren Landesparlaments bedarf dann der Zustimmung der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg.

**Zu Nummer 5:**

Der neue § 7 regelt insbesondere (Absatz 1), dass mit dem Beschluss über dieses Gesetz der Landtag zugleich dem Abschluss des Vertrages zwischen dem Landtag Nordrhein-Westfalen, dem Landtag Brandenburg und dem Landtag von Baden-Württemberg über das Versorgungswerk der Mitglieder der Landtage von Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg zustimmt. Die Präsidentin des Landtages wird zur Vertragsunterzeichnung namens des Landtags ermächtigt. Der Vertrag wird als Anlage zum Gesetz bekannt gemacht. Ferner wird die Bekanntgabe des Datums seines Inkrafttretens sowie das Außerkrafttreten des bisherigen Vertrages geregelt.

**Zu Nummer 6:**

Der neue Vertragstext wird dem Gesetzestext als Anlage beigelegt.

**Zu Artikel 2 (Änderung des Abgeordnetengesetzes):**

**Zu Nummer 1:**

Die Anpassung des § 15 Absatz 1 des Abgeordnetengesetzes ist eine Folgeänderung zur aufgrund des Beitritts des Landtags von Baden-Württemberg notwendig gewordenen Änderung des Versorgungswerkgesetzes und des betreffenden Vertrages. Da sich Näheres über das Versorgungswerk auch durch dessen Satzung ergibt, wird in der Vorschrift auch auf die Satzung verwiesen.

**Zu Nummer 2:**

Die zum 31. Dezember 2019 auslaufende Regelung zur Überprüfung von Abgeordneten (§ 27 Absatz 1 Satz 2 Abgeordnetengesetz) wird bis zum 31. Dezember 2030 verlängert. Damit besteht ein Gleichklang zu der vom Bund durch das Neunte Gesetz zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes getroffenen Frist. Die Überprüfung von Abgeordneten auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst ist wesentlicher Bestandteil zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und soll Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Parlament und seine Mitglieder stärken. Eine Verlängerung der Überprüfung trägt der weiter bestehenden hohen gesellschaftlichen Bedeutung der Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit Rechnung.

### **Zu Artikel 3 (Änderung des Fraktionsgesetzes):**

#### **Zu Nummer 1:**

Vergleichbar mit der bestehenden Parlamentspraxis zu Untersuchungsausschüssen und Enquete-Kommissionen sollen die Mittel, derer sich die Fraktionen zur fachlichen Unterstützung der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission bedienen können, nicht lediglich für die Einstellung von Beschäftigten zur Verfügung stehen. Zur Akquirierung von Fachkompetenz soll als Alternative auch der Vertragsschluss mit Honorarkräften möglich sein. Hiermit in engem Zusammenhang stehen Ausgaben für Fachliteratur, Fachkongresse oder vergleichbare Sachmittel zur Verbesserung der Fachkompetenz. Auch solche Anschaffungen dürfen nunmehr aus den gemäß § 6 Absatz 1 Satz 3 zugewiesenen Mitteln finanziert werden.

#### **Zu Nummer 2:**

Die inhaltlichen Anpassungen des § 13 Absatz 3 betreffen die Darstellung der Einnahmen und Ausgaben bei der Rechnungslegung in Bezug auf die Mittel gemäß § 6 Absatz 1 Satz 3. Diese Mittel sind nunmehr sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben als gesonderte Positionen bei der Rechnungslegung aufzuführen. Da auch diese Mittel zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden, soll sich die Darstellung an den bereits bestehenden Vorgaben für die Darstellung der Einnahmen und Ausgaben in Bezug auf die im Falle der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses oder der Einsetzung einer Enquete-Kommission durch den Landtag orientieren.

#### **Zu Buchstabe a:**

Die Gliederung der Darstellung der Einnahmen wird um die Position der Mittel nach § 6 Absatz 1 Satz 3 ergänzt.

#### **Zu Doppelbuchstabe aa:**

Als redaktionelle Folge der Ergänzung um die Position von Mitteln nach § 6 Absatz 1 Satz 3 sind die den Fraktionen zufließenden allgemeinen Mittel nunmehr als Mittel nach § 6 Absatz 1 Satz 2 zu bezeichnen.

#### **Zu Doppelbuchstabe bb:**

Folgeänderung

#### **Zu Doppelbuchstabe cc:**

Folgeänderung

#### **Zu Buchstabe b:**

Während bisher bei den Personalausgaben nur das Gesamtbudget für die Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeiter beziffert werden musste, wird nunmehr spiegelbildlich zu den Einnahmen auch bei den Ausgaben anhand der verschiedenen Rechtsgrundlagen für die Gewährung dieser Mittel differenziert. Klarstellend werden zu den Personalausgaben auch die Honorarkräfte hinzugenommen. Die mit den Personalausgaben der sonderzweckgebundenen Mittel in Zusammenhang stehenden Ausgaben, wie zum Beispiel Fachliteratur oder Ausga-

ben für den Besuch von Fachkongressen dürfen hingegen den jeweils passenden übrigen Positionen der § 13 Absatz 3 Nummer 2 zugeordnet werden.

**Zu Artikel 4 (Neubekanntmachung):**

Die Präsidentin des Landtages wird beauftragt, den Wortlaut des Abgeordneten-gesetzes neu bekannt zu machen.

**Zu Artikel 5 (Inkrafttreten):**

Artikel 5 regelt das einheitliche Inkrafttreten des Gesetzes am Tage nach seiner Verkündung.